

Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1,50 M., Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: für jeden Millimeter Höhe der Baselpalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1,20 M.

Nr. 46.

Berlin, 10. November 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: S. 68: Aufruf. / S. 100: Willkür im Kampf für das Dritte Reich. — Der Obm. Krummrich kritisiert seinen Führer. / S. 69: Nationalsozialismus und Krieg. — Wann eintrifft Polen? / S. 102: Reichsführer mit dem Reichswahlleiter. / S. 103: Ostland-Worte. / S. 69: Ein Zitat aus dem Verfassungsentwurf in Polen. — Die deutsche nationalsozialistische Bewegung in Ostland. / S. 105: Das Verzeihen in Ostland. — Schwere Strafe Sühntage in Zang. / S. 106: Der Einwirkung auf die Mobilität in Polen. — Der polnische Aufstand in Polen / S. 69: Aus der Arbeit des Reichs.

Zum letztenmal wird Sturmalarm geblasen!



Volksgenossen! Parteigenossen! Ostmärker!

Der Führer rief noch einmal zur Wahl. Wir folgen und werden unsere Stimme abgeben für die Politik und das Werk Adolf Hitlers, für Frieden und Ehre. Wir bezeugen durch unsere Entscheidung, daß der Wille des Kanzlers und seiner Regierung auch unser Wille ist, daß niemand Führer und Volk zu trennen vermag. Die Bundesführung ist gewiß, daß keiner aus den Reihen des BDO der Wahl fernbleibt. Wer seine Pflicht verlegt, schließt sich für alle Zeiten aus unserem Bund und unserer Arbeit aus.

Heil Hitler!

Dr. Franz Lüdtke. Dr. Ernst Otto Thiele.



Oberpräsident Gauleiter Wilhelm Kube, Schirmherr des BDO. In seinem Geburtstage am 13. November.

Wilhelm Rube im Kampf für das Dritte Reich.

Zu seinem Geburtstage am 13. November.

Von Wilhelm Müller-Rüdersdorf, Mitglied des Bundesführerrates des B.D.O.

Zu den treuesten, leistungsfähigsten, tapfersten, neubewährtesten Kämpfern in nationalsozialistischer Weisheit vorbildlichsten und darum auch vertrautesten Mitarbeitern unseres Führers, des Volksschauers Adolf Hitler, zählt Gausleiter und Oberpräsident Wilhelm Rube.

Als einer der frühesten politischen Kämpfer völkischsozialer Richtung muß man den am 13. November 1887 zu Glogau geborenen Preußenführer Wilhelm Rube bezeichnen. Ja, auch der Ehrenrittel eines Preußenführers gebührt ihm! Denn länger als zwei Jahrzehnte steht Wilhelm Rube im Kampfe um ein kernhaftes Preußenland und ein reichs-reines, unabhängiges Preußenreich. Als Parlamentarier zuerst dem Reichstage angehörig, war er bald der Kopf des Reiches und Deutschlands in Preußischen Dingen. Als von dem Zeitpunkt an, da im Preußenparlament 6 Abgeordnete den harten Kampf für unser Vaterland liebsten aufnahmen und durchführten, bis zur letzten Zeit des Preußenparlaments, in der diesem 211 Nationalsozialisten angehörten, war Wilhelm Rube der Führer der Fraktion der NSDAP. Seiner politischen Sentimentalität, seinem klaren Verstandesblitz, seiner sicheren Begabung für seinen Beruf, unerschütterlichem Charakter, auch sein Vater ist Offizier, wie er, stammt aus dem aus entzifferten Pöbeler Lande —, seiner Rühmtheit im politischen Streifen, seiner formreinen Sprachgewalt, Schmelzbarkeit und Schlagfertigkeit in geschichtlich tief und scharf begründeten Reden und Aufsätzen und nicht zuletzt seiner oft kollidierenden Demagogik und Weisheit — verdankt Adolf Hitler — außer der Macht seiner eigenen Partei — seinen Aufstieg zum ersten deutschen Reichsführer. Die heilige nationalsozialistische Idee in Preußen. Durch ihrer unerschütterliche Aufsätze, Reden, Vorträge, Ansprachen und Erklärungen hat Preußenführer Wilhelm Rube — sein persönliches Wohl als ein Nichts abtend — während der Jahre erbitterten politischen Ringens im marxistisch verkehrten, das Judenohr tragenden Preußenlande unsere gottgesandten Deutschblutbegierigen Adolf Hitler Hauptideenleuchte nicht.

Und nicht nur im Preußischen Landtage — wo jene Worte selbst noch den eifrigsten und lauten Gegnern als genügend hingenommen und aufmerksam beachtet wurden —, auch in den Verträgen selbst und auf den Verfallungssitzungen neulich im Reichs land Wilhelm Rube als einer der Sprachgenialisten der deutschen Politik und Kultur höchste Würdigung.

Wilhelm Rubes Aufsätze, Reden und Erklärungen haben immer „Hand und Fuß“. Als großer Historiker weiß er stets die Grundmomente und die große Linie im deutschen Staats- und kulturpolitischen Geschehen zu finden und sie klar und bestimmt herauszusprechen. Wertausführungen, Gemeinplätze in Schrift- und Redegabe, Verschleiern, Vagantigkeit, Trockenheit und ermüdende Nüchternheit lind nicht jene Art. Im Gegenteil. Auch ist nichts Epigonisches, nichts Nachgemachtes in Wilhelm Rubes Schrift- und Redekunst.

Der Gau Kurmark huldigt seinem Führer.

Am 5. November waren im Berliner Sportpalast 15.000 Amtswalter des Gau Kurmark zum Appell angetreten. Der Tag, der im Zeichen der Volksabstimmung vom 12. November stand, war die erste große Versammlung des aus den alten Gauen Ostmark und Brandenburg zusammengesetzten Großgaues und zugleich eine Huldigung für seinen Führer, den Oberpräsidenten Wilhelm Rube, den Eroberer der Ostmark für die neue Adolf Hitler und die Führer des Bundes Deutscher Osten. Aus allen Ecken des Großgaues und besonders stark aus den Grenzgebieten im Osten waren die Amtswalter zusammengekommen, um gemeinsam mit Abordnungen der SA und SS, und des Arbeitsdienstes noch einmal vor der Entscheidung des 12. November dem Reichskämmler und seinem kurmarkischen Gausleiter treue Gelobnisse zu geben. Unter den Ehrenpräsidenten befanden sich General Eickmann, die Regierungspräsidenten, Kreispräsidenten und Landräte des Gaues, der Reichsführer des B.D.O., Dr. Rüdike, der Schirmherr der Landesgruppe Ostmark des B.D.O., Gruppenführer Rache, das Mitglied der Leitung Kurmark und des Bundesführerrates des B.D.O., Müller-Rüdersdorf, und viele andere Mitarbeiter des Bundes Deutscher Osten.

Gaugeschäftsführer Pollack eröffnete die erste Sonntags nach dem Siege der Schreibstube, indem er jedes Gedanke seit den toten Kameraden der SA, SS, SA und Hitler. Nach Eröffnung des B.D.O. und Reichsführer der SA, Himmler sprach Reichsminister Dr. Goebbels:

Es war nicht das Entscheidende, daß wir 1918 die Waffen ablegten, sondern entscheidend war, daß wir uns damit auch des Willens zur Selbstbehebung begaben. Dieses Deutschland hat mehr, als die Welt von ihm verlangt. Es erfüllt Geist und Tugend haben die Verfallener der Welt, und es hat darüber hinaus der Verfallener gegen Deutschland zur Grundlage des nationalen Denkens gemacht. Der Vertrag, der Vertrag hat nicht Deutschland allein, sondern die ganze Welt an den Rand des Abgrundes gebracht. Weltgeschichtliche Perspektiven sind Dr. Goebbels auf, als er die deutsche Revolution einreichte in die Weltgeschichte

Wenn man Preußenführer Wilhelm Rube — der nicht nur Geschichte sondern in jeder, sondern in jeder engeren Geschichte Adolf Hitlers selbst Geschichte macht — mit einem der vorbildlich vor ihm stehenden Kennbüchern verglichen kann, so am besten mit unsern besten, unübertrefflichen Martin Luther. Wie Luther, so ward Rube von Gott die Genialität des Wortes und der Tat verliehen. Wie Luther — zu dem er als ein einer der größten Deutschen, als ein einem Unübertrefflichen, bewundernd und verabschiedend aufstaut — besitzt auch unser Preußenführer Rube die vollere, „Kraft der freien Rede, „Kraft der einfachen Worten aus „Mund“ taucht er tief in Volkes Weisheit und Wertgrund und braucht er gelegentlich fassige, derbe Volksausdrücke, die nur Schleimätheten wider das Seingelübte geben.

Eine zweibändige Ausgabe von Aufsätzen und Reden Wilhelm Rubes läßt der Verfasser dieser Zeilen unter dem Titel „Rache der Aufrihtung des Dritten Reiches“ lobend erscheinen (Verlag von Julius Wetz, Posen/Alaya-Berlin-Weipig). Diese wichtige, billige Ausgabe (jedes Buch kostet nur 80 Pf. kartoniert) ist auch mit Bildern ausgestattet.

Die hohe Schätzung, die unser Preußenführer Wilhelm Rube bei Adolf Hitler fand, und das besondere Vertrauen, dessen er sich beim obersten Führer erfreut, offenbaren sich vor allem darin, daß ihm Ministerpräsident Göring als Oberpräsident von Brandenburg und Berlin einsetzte. Mit der Verwaltung der preußischen Krempfing ward Wilhelm Rube — der sich selbstverständlich stets in erster Linie als Deutscher fühlt — ein hoch wichtiges und verantwortungsvolles Staatsamt übertragen. Und dadurch, daß er — der meistertüchtige Weltwäger einer Pflichtenberufe — nachdem auch noch das Oberpräsident der Grenzmark Posen-Westpreußen übernahm, hat er sich die Aufgabe gestellt, dieses, notfalls deutsches Grenzgebiet im Osten — durch einen grandiosen Aktionsplan hauptsächlich — wieder zu einem einträglichem, friedlich-glücklichen Lande zu machen.

In seiner parteipolitischen Führerschaft als Gausleiter des ehemaligen Gau Ostmark der NSDAP, der ihm nun die Welt seines neuen Großgaues Kurmark überlassen — zu dem auch das ganze Brandenburg gehört — untersteht, hat der Offizier Wilhelm Rube ideothetische Reformen durch aufs beste erfüllen gelernt.

Und daß er — der Irablende, tief ergründende Demie oder Mittenmensche, selbstloser Aufopferung für leidende Volksgenossen und treuer Führerkernkraft — sich als sicherer Schlichter und fruchtbarer Führer seinen heutigen Genossen bis zum letzten Atemzuge erweist, dessen können wir gewiß sein!

Hier heute, da Preußenführer Wilhelm Rube in bester Schaffenskraft steht, haben wir vor allem den Wunsch, daß der Allmächtige ihm als einen der Hauptmeister am Bau des Dritten Reiches noch recht lange im engsten Tat unseres Volksschauers Adolf Hitler wirken lassen möge!

der Menschheit: Die christliche Revolution hatte nur einen einzigen Grundloß, den der Nächstenliebe, der aber so gewaltig war, Gleichheit, Brüderlichkeit. Und doch lag darin die schneidende Kampf-anlage an das damalige Europa des antiken régime. So hat auch die deutsche nationalsozialistische Revolution nur eine einzige Parole: S e m e i n u s. Sie ist so allumfassend, daß sie den Kampf besonders für das ganze öffentliche Leben. Heute hat die Bewegung die Periode ihres rein innenpolitischen Wirkens hinter sich. Jetzt sind wir vor die Notwendigkeit gestellt, uns mit der Welt geistig auseinanderzusetzen.

Dann sprach, von seinen Kurmarkern mit ungeheurer Jubel begrüßt, Oberpräsident Gausleiter Rube. Er riefte an die Amtswalter den Appell, bei ihrem Kampfe stets an die 2 Millionen Deutscher des Weltkrieges und an die 400 Taten der Bewegung zu denken und durch selbstliche Arbeit an der Erneuerung Deutschlands mitzuwirken zu erwählen. Am 5. März hätten noch rund 12 Millionen Deutsche marxistisch gehandelt. Diese 12 Millionen, die erblich schaffende deutsche Arbeiter leben, gelte es, der Nation zurückzugeben. Ein neuer Adel sei aufgehoben, ein Adel, der nicht ererbte werden könne, sondern der durch Pflichtenfüllung im Dienste des Volkes erarbeitet werden müsse, ein Adel, der sich auszeichnete nicht in dem stillen Heldentum der Welt, sondern in der Tat. Sie sollten sich vor allem die Augen merken, die immer verfolgt hätten, die seien national, oder nicht national. Wenn diese sich heute zu Hitler bekamen, so sei das sein Verdienst, sondern eine späte Erkenntnis. Auf jeden komme es an am 12. November, vor allem aber auf die, die früher, vor internationalen Marxisten in die Irre geleitet, nun Nationalsozialismus wieder in die Volksgemeinschaft zurückgeführt werden seien. Am 12. November müsse die Welt heißen: „Wer heute zu dem Adel gehört, der stimmt gegen Deutschland.“ Hitler, gegen die Ehre und Gleichberechtigung der Nation; der stimmt ab bei der Weltungsdürre der Welt. Am 12. November steht die Kurmark neben allen deutschen Gauen aus Nord und Süd, aus Ost und West in der ersten Reihe mit dem Erwerb bekennnis zum Führer!

Nationalsozialismus und Offriede.

Von Dr. Franz Eulke.

Die Feinde im In- und Ausland haben dem um die Macht kämpfenden Nationalsozialismus immer wieder einen Vorwurf gemacht, der die Wähler lähren und schließlich abtrünnig machen sollte. Es hieß, daß die Machtübernahme durch ungesetzliche Wege den Krieg bedeute, schon der SS-Anführer das Unlängste über die Verhängung. Der Führer proklamierte in seiner ersten Kundgebung als Reichskanzler nicht den Krieg, sondern den Frieden.

Selbst hat Adolf Hitler sich immer stärker, immer eindeutiger zu einer großen Politik des Friedens und der Ausöhnung bekannt. Niemand kann an dieser Tatsache vorbeigehen. Zur Bewältigung politischer Lebensaufgaben müßte man sich entrichten, aber das unabhängige Ausland beruht auf und beginnt darüber nachzudenken, was der deutsche Nationalsozialismus eigentlich ist.

Nationalismus ist nicht Chauvinismus. Man könnte sagen, er ist das Gegenteil von ihm. Nationalismus ist das unbedingte Bekenntnis zur Nation, zu Volk und Staat. Aber gerade deshalb, weil der echte, wirkliche Nationalismus das eigene Volkstum liebt, vermag er auch andere Nationen anzuerkennen. Er verlangt keine Anschließlichkeit für sich. Von jedem Liberalismus, der im politischen wie im wirtschaftlichen Leben den anderen zu unterdrücken versucht, ist er weit entfernt. Die Weltanschauung des Nationalismus beruht ja gerade auf der Tatsache, daß es viele Nationen gibt. Er betrachtet die Nation als etwas, was durch die göttliche Ordnung der Dinge gewollt ist. Der Chauvinist vereint das Recht der anderen Völker und heigert seine Ansprüche bis zu einem oft lebensfeindlichen Übermaß. Der nationalsozialistische Mensch und das nationalsozialistische Volk sind bereit, die Achtung, die sie für sich selbst verlangen, auch anderen zu zahlen; sie lassen für die Bejahung unter den Völkern (wie unter den Menschen) nur das Prinzip der Leistung gelten.

Der sozialistische Mensch und das sozialistische Volk bekennen sich zum Gedanken der Gemeinschaft unter den Einzelen wie unter den Völkern. Es bedeutet weder der Nationalismus noch der Sozialismus eine Schwächung des Friedens. Im Gegenteil, sie bedeuten erst den wirklichen, auf gegenseitige Achtung begründeten, nicht durch militärisch-technische Überlegenheit gesicherten Frieden.

Das Wirken derer, die das Werden eines nationalsozialistischen Volkes und Staates verhindern wollten und daher für ein Preisverzichtpropaganda Frieden, konnte nur durch ein immer stärkeres Friedensbewusstsein im In- und Ausland zu bewerkstelligen werden. Der Kriegsoffizier bezieht, die ein freies Deutschland nicht wollten, letzte Adolf Hitler eine Friedensoffensive entgegen. Doch wie in der Weltgeschichte ist ein so gemaltes Bekenntnis zur Volkserlöschung erfolgt. Alle früheren Versuche, den Völkern Frieden zu liefern, sind in diplomatischen Spielereien leuchtungslos, während die Völker bluteten und litten. In unserer Zeit sind aber auch die von der Mann, der es wagte, die massenlosende Welt durch sein Wort vom Frieden zu entfesseln. Diese Welt der Kulturstürmer, der Ehrgeizigen, der liberalistischen Verdienner, ist unüberwindlich. Nach der großen Friedensrede des Kanzlers im Mai war die Vermittlung in jenem Lager so groß geworden, daß man nach neuen Methoden zur Diffamierung Deutschlands suchen mußte. Die Abwicklungsaktionen wurde dazu ausgesetzt. Aber der Führer erwarb auf dieses Konzept und letzte der planmäßigsten Aufstellung der anderen nichts anderes entgegen als immer wieder jene erschütternde, „Ja zum Frieden.“

Was die Gegner so in Erlaunen legt, ist die Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit der Worte Adolf Hitlers. Waren sie kriegerisch, unermüdet, fähig, so würde es dem Gegner nicht so leicht fallen, aber, um die Welt zu gewinnen, die von Parteien und Interessengruppen unabhängige Regierung vorzus. Diese Voraussetzung ist in Polen gegeben. Das gegenwärtige Regime, das Polen seit dem Mai 1926 beherrscht, ist so fest in der Macht, daß es in der Lage ist, eine Politik auf lange Sicht zu betreiben. Aus der Seimrede Jendryewicz ist zu entnehmen, daß die polnische Regierung an eine feste Stellung ihrer Beziehungen gegenüber den anderen strebenden Wirtschaftskreisen und oppositionellen Parteigruppen denkt. Im Vordergrund steht hier die Frage der Verfassungsreform. Die Vorbereitungen scheinen nun endlich so weit gehen zu sein, daß

Frieden, aber er verlangt zugleich die Ehre. Er verlangt nichts unterzulegen, was der Ehre widerspricht. Er verlangt nach 15 Jahren sogenannten Friedens, der nichts anderes als eine Fortsetzung des Krieges war, der wirklichen Frieden nur auf der Selbstberaubung des besiegten Volkes mit dem anderen Völkern beruht. Er diskriminiert die Gegner nicht gefahren nicht; er will aber auch die Diskriminierung Deutschlands nicht so sich.

Im Nationalsozialismus ist der Frieden begründet, auch der Frieden im Osten. Auf die Frage eines englischen Korrespondenten, ob Deutschland Polen überfallen und mit Gewalt den Korridor zurückgewinnen wolle, erteilte der Führer folgende Antwort, die man sich nicht fest genug einprägen kann: „Es gibt überhaupt keine vernünftigen Menschen, der die Korridorfrage als besonders übermäßige Leistung der Friedenskonferenz bezeichnen könnte. Der Sinn dieser Leistung konnte nur der sein, Deutschland und Polen für ewige Zeiten zu verbinden. Niemand von uns denkt daran, mit Polen wegen des Korridors einen Krieg zu beginnen. Wir möchten aber alle hoffen, daß die beiden Nationen die sie betreffenden Fragen derzeitig leidenschaftlos besprechen und verhandeln werden. Es kann dann der Zukunft überlassen bleiben, ob sich nicht doch ein für beide Völker gangbarer Weg, und eine für beide tragbare Lösung findet.“

„In diesen Worten kann nicht gerüttelt werden. Sie bilden nicht, wie man es hineinslegen versucht, einen Vorwurf Deutschlands auf das ihm entzogene Gebiet, auf die alten germanischen und deutschen Gauen an der Weichsel und Warthe, auf die Stätten jahrhundertlang deutscher Arbeit und Kultur. Es handelt sich bei den Worten des Führers um kein sogenanntes Offizium, sondern einzig und allein darum, auch Polen die Hand des Friedens anzubieten und dabei die Überzeugung auszudrücken, daß einmal eine wirkliche Lösung der Korridorfrage gefunden werden wird.“

„Dah unter der Tatsache des Korridors Deutsche mit Polen leben, hat der Führer in seinen Worten für neuen Reichtumsgeist zu klarem Ausdruck gebracht. Er hat gezeigt, wie man durch Verfall des Hof zu vererben würde, daß dieser Frieden seinen Namen nicht verdient, weil er ewige Unruhe, Unruhe, Unzufriedenheit, Mißtrauen und Verneinung gebracht hat. Was dieser Friede mißfällig finnis war, so war er auch politisch finnis. Als Beispiel dafür wies Adolf Hitler auf den Korridor: „Es gibt, so sagte er, in Europa Deutsche, es gibt Polen, es gibt auch Russen. Wir müssen zusammenkommen, nebeneinander und miteinander zu leben und auszukommen. Weder können die Polen das deutsche Volk aus der europäischen Landkarte wegdenken, noch sind wir unerbittlich genug, etwa die Polen wegdenken zu wollen. Wir müssen, beide sind da, sie müssen miteinander leben.“ Warum legt man ihnen dann einen Kampfplatz in ihr Leben hinein? Alles vermehren die Mächte damals. Warum mußten sie das tun? Nur um den Hof zu vererben, nur um Völkern, die miteinander auskommen würden, in Zweifelsnacht zu führen. Es wäre wirklich möglich gewesen, leicht einen anderen Weg zu finden, um beiden Ländern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Aber man wollte das ja nicht.“

„Dah unter der Tatsache des Korridors Deutsche mit Polen leben, hat der Führer in seinen Worten für neuen Reichtumsgeist zu klarem Ausdruck gebracht. Er hat gezeigt, wie man durch Verfall des Hof zu vererben würde, daß dieser Frieden seinen Namen nicht verdient, weil er ewige Unruhe, Unruhe, Unzufriedenheit, Mißtrauen und Verneinung gebracht hat. Was dieser Friede mißfällig finnis war, so war er auch politisch finnis. Als Beispiel dafür wies Adolf Hitler auf den Korridor: „Es gibt, so sagte er, in Europa Deutsche, es gibt Polen, es gibt auch Russen. Wir müssen zusammenkommen, nebeneinander und miteinander zu leben und auszukommen. Weder können die Polen das deutsche Volk aus der europäischen Landkarte wegdenken, noch sind wir unerbittlich genug, etwa die Polen wegdenken zu wollen. Wir müssen, beide sind da, sie müssen miteinander leben.“ Warum legt man ihnen dann einen Kampfplatz in ihr Leben hinein? Alles vermehren die Mächte damals. Warum mußten sie das tun? Nur um den Hof zu vererben, nur um Völkern, die miteinander auskommen würden, in Zweifelsnacht zu führen. Es wäre wirklich möglich gewesen, leicht einen anderen Weg zu finden, um beiden Ländern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Aber man wollte das ja nicht.“

Wann antwortet Polen?

Am 3. November sprach der polnische Ministerpräsident Jendryewicz anlässlich der Eröffnung des Wachauer Seim zur allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage. Die wirtschaftlichen Aufgaben, die er sich gestellt hat, setzen in ihrer Vollstreckung die Zusammenarbeit von Parteien und Interessengruppen unabhängige Regierung voraus. Diese Voraussetzung ist in Polen gegeben. Das gegenwärtige Regime, das Polen seit dem Mai 1926 beherrscht, ist so fest in der Macht, daß es in der Lage ist, eine Politik auf lange Sicht zu betreiben. Aus der Seimrede Jendryewicz ist zu entnehmen, daß die polnische Regierung an eine feste Stellung ihrer Beziehungen gegenüber den anderen strebenden Wirtschaftskreisen und oppositionellen Parteigruppen denkt. Im Vordergrund steht hier die Frage der Verfassungsreform. Die Vorbereitungen scheinen nun endlich so weit gehen zu sein, daß

in absehbarer Zeit damit zu rechnen ist, daß das Verfassungsprojekt, das eine wesentliche Stärkung der Position des Staatspräsidenten und der Exekutivgewalt vorstelt, dem Seim zur Verabschiedung vorgelegt wird. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Seim ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß das Projekt trotz der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zur Annahme gelangt. Ein Verbot der oppositionellen Pinks- und Bauernparteien würde der Regierung über die Schwierigkeit, die sonst höchstens durch Zugeständnisse an die Autonomienkriterien zu umgehen wäre, hinwegheben können; und es ist durchaus möglich, daß sich die Regierung, die in letzter Zeit mehrfach ernstlich gegen oppositionelles Verhalten ausgesprochen ist, zu einem Verbot dieser Parteien entschließen. Wenn es nötig sein wird, werden mit auch ein zweites Votum bereiten.“ Diese an die Oppositionsparteien gerichtete

Warnung des Regierungsabgeordneten Miedelinski werden sich die Leute, die einmal die Bekanntheit mit dem Wagnernum von Dörsch-Gloss gemacht haben, wohl sehr zu Herzen nehmen. Die polnische Regierung verliert meistens über einseitigen Willkür, am liebsten durch oppositionellen Gruppen zu unerschütterlichen und sie ist offenbar auch der Meinung, daß ihre Politik die Billigung der polnischen Bevölkerung findet. So lehrte ich die Regierung ihrer Verliebtheit beim Volke allerdings nicht, daß sie es wagen würde, dem Beispiele der nationalpolnischen Regierung zu folgen und durch die Ausbreitung von Neuheiten die Probe aus Exemplar zu machen. Aber ob beliebt oder nicht, daran kommt es der polnischen Regierung nicht an. Es genügt ihr zu wissen, daß die interpolitische Opposition nicht mehr ernstlich möglich zu werden vermag.

Was an der Sejmrede Jendrzejewicz von Allen auffällt, ist das, was in ihr nicht gesagt worden ist. Der Ministerpräsident hat darüber, wie er sich das künftige Verhältnis zu Deutschland vorstellt, über eine Angelegenheit also, die doch unweigerlich im Mittelpunkt aller polnischen Denkens in Polen steht, überhaupt nichts gesagt. Das ist um so auffälliger, als für Jendrzejewicz an sich genügend Veranlassung vorgelegen hätte, sich hierzu zu äußern. Deutschland hat in letzter Zeit wiederholt seinen ausföhrlichen Verhandlungsmitteln gegen Polen gegenüber behauptet; der Reichskanzler hat in seiner Rede wiederholt auch die Korridorfrage berührt, und außerdem schweben zur Zeit Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen, die nach deutlicher Absicht eine Regelung der seit Jahren durch den Zollkrieg gestörten wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Staaten herbeiführen sollen. Es liegt nahe, zu fragen, was die polnische Regierung von dem künftigen Verhältnis zu den deutsch-polnischen Wirtschaftsfragen, nach zu den schon bestehenden Verhandlungen, noch auch zu den deutschen Hinneilen auf die Preislosfrage Stellung zu nehmen. Es ist kaum denkbar, daß Jendrzejewicz etwa die Absicht gehabt haben soll, alle diese Dinge einfach „nicht zur Kenntnis zu nehmen“. Die Dinge liegen wohl so: Wädr Datis noch London haben sich zu der durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund und der Abbruchkonferenz geschlossenen Lage bisher geäußert, und darüber, was in Deutschland soll, besteht noch keinerlei Klarheit. Dem polnischen Regierungschef mag es unter diesen Umständen nicht rasch am erscheinlich sein, sich als erster zu den von Deutschland aufgeworfenen Fragen zu äußern. Er mag es für klüger gehalten haben, erst einmal die anderen, nach deren Haltung Polen in letztem Endes seine Politik bestimmen muß, zu Worte kommen zu lassen und sich abzusetzen, am 12. November die Volksabstimmung in Deutschland ausstellen und methen Wiederhol sie im Auslande heranzuföhren wird.

Auders als die Regierung hat die Presse, namentlich die Reichspresse in Polen, mit genobeter Verböthlichkeit zu der deutschen Preislosfrage Stellung genommen. Allerdings hat sie das in einer Weise getan, die im allgemeinen meist Veröthnis zu den Willen zur Umgestaltung vertritt, der den Rationalismus bei einem ausenpolitischen Auftreten besetzt. Die Preislosbekundungen Deutschlands werden zwar nicht verschwiegen, hin und wieder sogar mit einigen

freemüthigen Vöndbemerkungen versehen —, im übrigen aber wird mehr oder weniger dringend davor gemahnt, dem deutschen Preisloswillen zu trauen. Dörschwind ist in dieser Hinsicht ein Artikel des „Kurier Pörmanski“, in dem sich dieses Blatt der Pösemmer Nationaldemokraten mit dem Reichskanzler des Reichskanzlers die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung der Korridorfrage besetzt. Auch die dem Hintergrund der Preislosfrage den Reden Hifiers klänge die Wendung über Dörmereiten geradezu paradox; Deutschland müßte schließlich verstehen, daß von irgendeiner friedlichen Regelung der pommerellischen Frage nicht die Rede sein könne. Wer diese Frage aufwerfe, werfe die Frage des Krieges auf, auch wenn er seine Forderungen in die friedlichsten Sormulierungen kleide... Der Gedanke, daß es überhaupt im Bereiche des Möglichen liege, anders als mit Schwert und Giftlos sich über die Ostgrenzenfrage zu unterhalten, ist dem „Kurier Pörmanski“ nach wie vor völlig unfaßbar. Die polnische Presse beschränkt sich nicht darauf, Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit der deutschen Preislosbereitschaft zu säen. In ihrer Haltung gegen Deutschland hat sich, wenn man auch eine gewisse Auflockerung der Meinung feststellen kann, im Grunde nur wenig geändert. Während Deutschland täglich neue Beweise seiner Bereitwilligkeit zur Verhandlung gibt, während das deutsche Volk geschlossen an die Wahlurne tritt, um seinen einseitigen und festen Willen zur friedlichen Beilegung aller ausenpolitischen Streitfragen zum Ausdruck zu bringen, während die deutsche Regierung erklärt, daß sie bereit ist, selbst das letzte Maßsinegenöbre zu sörhern, wenn die anderen Mächte sich entschließen würden, dasselbe zu tun, sind in Polen noch die polnischen Verhandlungen möglich, in denen der Raub weiterer deutscher Gebiete verhandelt wird. Es ist Polen möglich, daß j. B. in einer Kundgebung des Westmarkenvereins, die am 5. November im Rattowitzer Stadtheater stattfand, ein Redner erklärte, es sei der größte Fehler des Veröfaller Diktates gewesen, daß Ostpreußen bei Deutschland gelassen wurde, und es sei eine der vorbringlichen Aufgaben der gegenwärtigen polnischen Generation, die „Gefahr“ zu besörghen, die dem polnischen Staat von diesem deutschen „Dörmereit“ her drohet. Es ist an sich wenig glückselig, was die Komens und Rierkies über die politische Zukunft Ostpreußens denken. Nicht gleichgültig aber ist es, daß diese Deuten von Seiten der polnischen Regierung die Freiheit gelassen wird, in dieser insamen Weise gegen Deutschland zu hetzen und die Bevölkerung Polens gegen einen Staat und ein Volk aufzuwachen, die in Wort und Tat täglich aus neue Beweisen, daß sie nichts anderes wollen, als in Frieden ihrer Arbeit zu leben. Die polnische Regierung hat kein Recht, sich zu freischweben und loyal zu besörghen, sondern sie gibt ihre staatlichen Machtmittel gegen diese verberblichen Hetzer und genößlosen Sebestreuer des europäischen Friedens einsetzt und solange sie müßig, daß die deutschen Volksgenossen in Polen schwachen dem Treiben polnischer Preisloser und Kartennemacher ausgesetzt bleiben.

Deutschland bietet den Frieden. Es ist nun an der polnischen Regierung, sich zu diesem Angebote zu äußern. Sie steht innerpolitisch fest genug, um das, um den Elementen, die den Frieden mit Deutschland nicht wollen, das Sonderrecht legen zu können. Sie list je sehr in der Markt, daß sie es schließlich auch wagen könnte, ihre Außenpolitik einmal ohne die Zustimmung des Westmarkenvereins zu betreiben.

Dr. Kriebel.

BDO.-Föhrer auf dem Reichswahlvorschlag.

Der vom Reichskanzler Adolf Hifier geföhre Reichswahlvorschlag der BDP, umföht 685 Namen. Unter diesen befinden sich eine ganze Reihe von Männern, die in Kämpfe um und für den deutschen Osten föhrend hervorgetreten sind und heute zu den föhrenden Persönlichkeiten des Bundes Deutscher Osten gehören:

Reichsleiter Alfred Rosenberg, Leiter des Außenpolitischen Amtes der BDP;

Oberpräsident Gauleiter Wilhelm Krüger, Schirmherr des Bundes Deutscher Osten;

Oberpräsident Gauleiter Erich Koch-Ringasberg i. Pr., Schirmherr der Bundesgruppe Ostpreußen und Mitglied des Bundesföhrrates des BDO;

Oberpräsident Gauleiter Helmuth Brückner-Breslau, Mitglied des Bundesföhrrates und Schirmherr der Bundesgruppe Schlesien des BDO;

Reichsstatthalter General Ritter von Epp-München, Mitglied des Bundesföhrrates des BDO;

Staatsminister Hermann Essler-München, Schirmherr der Bundesgruppe Bayern-Pfalz und Mitglied des Bundesföhrrates des BDO;

Reichsstatthalter Gauleiter Wilhelm Seppert-Dessau, Schirmherr der Bundesgruppe Mecklenburg des BDO;

Reichsstatthalter Gauleiter Martin Muthmann-Dresden, Schirmherr der Bundesgruppe Sachsen des BDO;

Reichsstatthalter Gauleiter Fritz Saukel-Weimar, Landesföhrer Thüringens des BDO;

Ministerpräsident Manfred von Killinger-Dresden, Mitglied des Bundesföhrrates des BDO;

Staatsminister Gauleiter Hans Schlemm-Bayreuth, Mitglied des Bundesföhrrates des BDO;

Landesbaupfann Interregaleiter Josef Joachim Adamczyk-Oppeln, Mitglied des Bundesföhrrates des BDO;

Vollzeipräsident SA-Obergruppenföhrer Edmund Heines-Breslau, Mitglied des Bundesföhrrates des BDO;

SA-Gruppenföhrer Siegfried Riefers-Scherffshofen, Bad. Frankfurt (Oder), Schirmherr der Bundesgruppe Ostmark des BDO;

Regierungsrat und Referent im Reichsministerium des Innern Dr. Georg Usadel-Berlin, Leiter der Abteilung für Ostflüchtling im BDO;

Wolfgang Graf Jork von Wartenburg-Schleibitz, Landesföhrer Schlesien des BDO;

Stadtrat Kreisleiter Martin Albrecht-Frankfurt (Oder), Mitglied des Bundesföhrrates Ostmark des BDO.

Außer den erwähnten sind noch eine große Anzahl weiterer markanter ostheutscher Namen auf dem Reichswahlvorschlag zu finden; so j. B. Gauleiter Wilhelm Karpenstein-Stettin; Oberbürgermeister Max Sillau-Sindenburg (OS); Landesbauernföhrer Hans Slamik-Wloshemik (Kr. Neudorf OS); Kandidat Interregaleiter Werner Schumacher-Jelenig (Pfalz); Landrat Otto Mergler-Melstich u. a. m.

„Das gleiche Recht der Völkler nur allein kann auf die Dauer einen wirklichen und wahrhaften Frieden gründen. Indem wir diesen Kampf durchföhren, kämpfen wir nicht nur für uns, sondern letzten Endes auch für die Gemeinshaft der Völkler. Wenn Ihr am 12. November zu unsrer Sache, zu Ererer Sache steht, dann steht Ihr damit zum deutschen Volk und zum Deutschen Reich.“

Adolf Hifier.

(Fortsetzung.)

Das Parteiwesen in Lettland.

Das bolschewistische Lettland kommt für die Politik des „Perkonkruts“ ebenfalls nicht in Frage. Die Politik Frankreichs gegenüber Lettland wird im Zusammenhang mit Herriots Reise scharf kritisiert. So ergibt sich eine Abspaltung Lettlands nach allen Seiten, deren Unmöglichkeit die Leitung des „Perkonkruts“ nicht einsehen müssen. Über den Grund für diesen scharfen Erklärungen Gelmins können wir verschiedene Vermutungen anstellen, von denen der Voger des Perkonkruts kommen. Die erste erklärt diesen Schritt damit, daß die in letzter Zeit erfolgten Angriffe in der Presse gegen den „Perkonkrut“, der mit dem Nationalsozialismus Hitlers zusammengeht und von ihm finanziell unterstützt wurde, sowie weiter auch verschiedene starke sozialistische Strömungen im eigenen Voger ihn, Galtso Gelmin, genauem, freilich ursprüngliche bolschewistisch, seinen Standpunkt in dieser Zeit bekanntzugeben (also doch schon festgelegt). Die zweite Version ist mehr als eine Vermutung anzunehmen, obwohl sie auch aus der nächsten Umgebung Gelmins kommt. Sie will wissen, daß Gelmin von einem Teil seiner eigenen Anhänger, die ihm abnehmend gegenüberstehen, zu diesem Schritte abgezwängt worden sei. Die Opposition erwartet dabei, daß sich in absehbarer Zeit die Unabspaltbarkeit der proklamierten „Programmpunkte herausstellen werde, d. h., daß sich Gelmin als Führer des Perkonkruts unmöglich machen werde. Hinter den so eingestellten Mitarbeitern Gelmins setzen Kreise des Bauernbundes stehen. Diese Vöger entbehrt nicht einer gewissen Wahrscheinlichkeit, da der Bauernbund in der deutschbolschewistischen Einstellung des „Perkonkruts eine Verletzung seiner Interessen sieht, die durch die abnehmende Haltung Deutschlands in wirtschaftlichen Fragen (Wuttreue)“ erfolgen könnte.

Es bleibt abzuwarten, wie lange diese klar-deutschbolschewische Einstellung des Führers Galtso Gelmin anhalten wird. Da unter den Anhängern des „Perkonkruts eine Anzahl deutschfreundlich Gesinnter zu finden ist, außerdem in absehbarer Zeit große Kreise der lettischen Intelligenz, die die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Deutschland anerkennen, sich dem „Perkonkrut“ anschließen werden, ist wohl anzunehmen, daß die deutschfeindliche Einstellung Gelmins nicht auf die Dauer vorübergehend wird.

Reben der Partei besteht der Verein „Terijas Sargs“ (Wächter der Heimat), der die geistige und körperliche Ausbildung der Parteimitglieder zur Aufgabe hat. Die Partei verfügt über zwei Zeitschriften, den „Perkonkrut“ in Riga und die „Bentas Wolk“ in Windau.

2. Die lettischen Nationalsozialisten unter Führung J. Schemlmachers. Sie spielen früher eine größere Rolle, ihre Zahl wurde auf etwa 3000 geschätzt. Seit Schließung der Partei und dem Verlassen des Führers durch zu starke Anhängen aus den deutschen Nationalsozialismus umliegend gemacht hat. In die Zahl seiner Anhänger stark zurückgegangen. Sie sind vielfach in den „Perkonkrut“ übergetreten. Der Führer, J. Schemlmader, ist als Personlichkeit unbedeutend. Der Mann Schemlmaders „wie als Person“ (Blauer Adler) erscheint einmal wöchentlich.

3. Die nationale Vereinigung „Regionars“ (Der Regionär). Wie Jöhann der Rame sagt, rekrutiert sich diese Vereinigung zum größten Teil aus Kräften des Heeres und der Schutzmänner. Ihre Ziele sind ähnlich denen des „Perkonkruts“. Die Organisation ist unbedeutend. Ihre Führer sitzen zur Zeit im Gefängnis. Sie spielte bis vor den letzten Sozialmonaten eine große Rolle im politischen Leben des Landes. In den letzten zwei Jahren, seitdem ihr Exponent, „Arved Berg“, nicht mehr Mitglied der Sozialen ist, hat sie an Bedeutung stark verloren. In der letzten Zeit tritt das „Blatt der Partei“, der „Antimilitaristische“, antinationalistische Propaganda wieder stark hervor. Auch am parlamentarischen System wird scharfe Kritik geübt. A. Berg selbst in neuen Verzierungen zum „Perkonkrut“, einige Glieder desselben arbeiten in der Redaktion des „Catois“. Berg selbst ist mit dem Führer des „Perkonkruts“, Galtso Gelmin, verwandt.

4. Die in Edeba befindliche Vereinigung „Manu Stone“ (Unter Front mit einer Zeitschrift gleichen Namens. Sie ist örtlich beschränkt, lebt aber in Beziehung zum „Catois Sargs“. Ihre Rekonorganisation des „Perkonkruts“, wodurch ihre Einfließen gekennzeichnet sein dürfte. (Schluß folgt.)

Schwarz-rote Sabotage in Danzig.

Zwischen dem Senat der Freien Stadt und den schwarz-roten Parteileuten in Danzig ist es zu einem scharfen Konflikt gekommen. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß sich die nationalsozialistische Regierung Danzigs den Exponenten eines korrupten Parteiensystems gegenüber sehr und geschickt durchsetzen wird. Schon seit längerer Zeit gesteht sich die schwarze Partei die „Angriffe“ der nationalsozialistischen Partei an und die sozialdemokratische „Volksstimme“ hat in ausschließlicher Weise an der Personalpolitik des Senates herumzunörgeln. Als dieses böswillige Treiben überhand nahm und dem Senat schließlich Verfassungsverstoß vorgeworfen wurde, haben sich die Behörden zum Einschreiten gezwungen: Die „Landeszeitung“ wurde dem Polizeipräsidenten am 3. November die am 11. November erscheinende Ausgabe der „Volksstimme“ auf dem Postamt beschlagnahmt. Die betroffenen Verlage antworteten auf das Verbot mit einer Beschwerde an den Senat. Bevor nun der Senat zu dieser Beschwerde Stellung genommen hatte, bevor also der durch die Gesetze vorgeordnete Rechtsweg erschöpft war, wandten sich die Verlage mit einer weiteren Beschwerde an den Völkerbundskommisitar mit dem Ersuchen, gegen den Senat wegen Verfassungsverstoß ein Verbot einzuleiten. Der Komisitar hat die Beschwerde an den Generalleutnant Völkerbundesweiterteilheit mit der Bitte, sie dem Völkerbundrat als dem Garant der Danziger Verfassung zu unterbreiten. Der Verlagsleiter und der Hauptgeschäftsführer der „Landeszeitung“, sowie der Leiter der „Volksstimme“ wurden in Schutzhaft genommen. Viele Maßnahmen war notwendig, die in der nächsten „Parteiwoche“ veröffentlicht werden und die in der nächsten „Parteiwoche“ der Freien Stadt Danzig erlitten werden mußte. Da sich die Zentrumspartei weiterhin mit den Pressebildungen solidarisch erklärte, beschloß der Senat, keine Beziehungen zu den Vorstandsmitgliedern dieser Partei abzubrechen. Inzwischen sind beim Völkerbund einige weitere Beschwerden von sozialdemokratischer Seite gegen den Senat eingereicht worden.

Die schwarz-roten Parteileute sehen sich also nicht, Danzig in eine republikanische Demokratie einzuführen, weil sie für die innerpolitische Manipulation ihrer Partei fürchten, weil ihrer Ansicht nach Zentrumslaute und -angehörige zu Unrecht aus dem Dienst entfernt worden sind. Viele Leute sind also der Meinung, daß alle die Zentrumslaute, die im Laufe der Jahre, in denen Schwarz in Danzig Kampf war, auf mehr oder weniger krummen Wegen in öffentliche Ämter gebracht worden sind, ein vertriebenes und womöglich sogar moralisches Recht darauf hätten, auf ihren Posten bleiben zu werden. Es ist aber klar, daß diese Manipulation die für das Zentrum in Danzig durch die eine recht frommwürdige Personalpolitik der Behörden und Ämtern gesichert hat, für eine nationalsozialistische Regierung um so unerträglicher ist, als sich das Zentrum dem Gedanken der Volksgemeinschaft gegenüber scharf ablehnend verhält. Es ist unmöglich, daß ganze Bevölkerungseine in einem nationalsozialistisch geführten Staat, den den Exponenten einer politischen Gruppe besetzt bleiben, die offen und verneint die

Friedens- und Aufbauarbeit der Regierung behindert und sabotiert. Sicht hier über einen Verfallungs-Verstoß zu beschweren, haben die Leute am wenigsten ein Recht, die, als ihr Wozen noch blühte, keine Bedenken trugen, Angehörige der NSDAP, ausgaben der schwarzen oder roten Senats aus Amt und Stellung zu sagen. Es ist für die politische Geschicklichkeit dieser klerikalen Parteiführer bedauerlich, daß sie aus dem Völkerbund in Verbindung gegen ihre eigene Regierung gehen und daß sie verurteilen, den Völkerbund gegen Danzig gerade in einem Augenblicke zu mobilisieren, in dem die Deutsche Reichsregierung diese Institution verlassen hat, weil sich ein weiteres Verbleiben dort mit der Ehre und dem Ansehen des deutschen Volkes nicht länger vereinbaren läßt. Das Verhalten der Zentrumslaute ist ein Anschlag auf die Sicherheit und Souveränität der Freien Stadt Danzig. Der Völkerbund hat kein Recht, sich in die innerpolitischen Angelegenheiten Danzigs zu mischen, am wenigsten dann, die Beschwerden selbst unter Grund der geltenden Gesetze an ihn geltend sind. Dagegen haben Volk und Senat der Freien Stadt das Recht, die inhumanen Saboteure des friedlichen Aufbaus unmissbar zu machen. Demnach der Weiter schwarz-roten Parteileuten höher steht als das Wohl der Gesamtheit, Senatspräsident Dr. Kaufmann hat am 6. November der Presse erklärt: Bisher habe die Regierung durchaus loyal bei der Befolgung der Beamtenstellen auch auf die Angehörigen anderer Parteien Rücksicht genommen. Jetzt aber werde sie rückwärtslos alle dem Zentrum angehörigen Beamten entlassen oder entlassen oder auf andere Posten versetzen, auf denen sie keinen Schaden anrichten könnten. Auch gegen die Sozialdemokraten werde sie jetzt mit den schärfsten Mitteln vorgehen. So werden die Vertreter eines korrupten Systems schließlich selber die Opfer des Angriffes sein, den sie gegen den Staat zu richten gedenken.

„So wie am 5. März das deutsche Volk sich entscheiden mußte über den Kurs im Innern, so muß es sich am 12. November entscheiden über den Kurs nach außen. Es muß sich klar entscheiden, ob es will, daß die Ehre der Nation und ihr gleiches Recht in der Zukunft vor der ganzen Welt offen und frei vertreten werden soll. Es muß sich entscheiden für einen Weg, der im ersten Augenblick vielleicht schwer sein kann, der aber unserer Überzeugung nach auf die Dauer eine große Nation allein in ihrer Größe zu erhalten vermag.“

Adolf Hitler.

Zur Erinnerung an die Akademie Polen.

Von Prof. Dr. Paul Szymank - Göttingen.

Schon in vorwärtlicher Zeit wünschten die preußischen Polen, in der Stadt Posen eines ihrem völkischen Eigenleben dienende Universitäts- zu erbauen. Sie waren bis etwa 1896 in der Ostmark fast die alleinigen Vertreter des Hochschulgebans, und erst im Jahre 1897 begann auf deutliche Seiten eine zunehmende Parallelbewegung, welche die Schaffung einer rein deutschen Universität in der Provinz Polen, und zwar in Posen oder in Bromberg, erstrebte. Es setzte damals um die Ausgestaltung dieses Gebankens ein literarischer Kampf ein, der mit längeren Pausen bis zum Jahre 1914 dauerte. Vor dem Ganzen, das der Berliner Rechtslehrer Prof. Dr. Heinrich Wutteneber 1902 veröffentlichte und das selbst das Programm für die öffentliche und private Hochschulbildung bildete, war für die Regierung, welche „ein juristisch ungelöstes nicht ungeschickliches Experiment“ vermeiden wollte, die ostmärkische Universitätsfrage zunächst erledigt, und als Ergebnis einer polnischen Universitätsfreunden und Universitätsfeinden vermittelnden Stellungnahme trat am 4. November 1905 die Königliche Akademie zu Posen ins Leben. Sie hatte eine hochschulpädagogisch und einrichtungsgeschichtlich bedeutsame und neuartige Kulturplanung der für das preußische Hochschulwesen so wichtigen Zeit Friedrich Wilhelms dar, über den Zweck der neuen Gründung sprach sich der Kultusminister Dr. Studt bei der Eröffnung in knappen, vorstichtigen Worten aus.

„Nachdem Westpreußen seine Wünsche durch Errichtung einer Technischen Hochschule sich erfüllen ließ, regte sich auch neu auch in der Provinz Polen das Verlangen nach einem Brennpunkt wissenschaftlichen Lebens und künstlerischer Schöpfung. Der heutige Tag bringt diesen Wunsch zur Verwirklichung in einer Form, welche den Verhältnissen der beteiligten Gebiete angepaßt ist. Die neue Hochschule stellt keine Universität im eigentlichen Sinne dar. Sie ist nicht bestimmt für die Heranbildung der akademischen Jugend. Sie soll vielmehr den verschiedenen Berufsständen und geistigen Bedürfnissen dienen. Sie ist also berechtigt auf alle Gebildeten und kann nur gegeben, wenn diese mit ihr verbunden leben wollen. Die Reichhaltigkeit des Vorlesungsverzeichnisses bietet jedem eine Sabe. Dem deutlichen Geistesleben soll die Hochschule dienen. Undem sie das tut, wird sie die Interessen der Gesamtheit der Bevölkerung, also auch derjenigen fördern, welche jetzt noch abseits leben, oder offensichtlich bald erkennen werden, daß es ein Friedensmerk ist, welches hier nimmermehr in Wirklichkeit treten soll.“

Nichtete der Minister mit dem Hinweis auf den Kostengeld seinen Appell an die deutsche Bevölkerung, so dachte er bei der Charakteristik der Akademie als *„Friedenswerk“* an die Polen. Diese waren aber ihrer schwerer Katastrophe und lebensschmerzlichen Abzueignung in Jarokam Miße. Der „Dienlichkeitsplan“ vom 5. November 1905 machte sich in ihrem Westführer, indem er die neue Hochschule als „unwissenschaftliche Amphibie“ rümpfte und scharf ablehnte, und die Gesänge des „Polener Klavierseminars“ deantworteten die durch Erblichheit von Stablenkin an sie gerichtete Aufforderung zum Besuche der Akademie mit einem — allerdings missglückten — Streik. Mit dieser Stellungnahme des Polentums war die zukünftige Richtung der Entwicklung bestimmt. Die Hoffnung der Schöpfer, daß die neue Hochschule zur Verwirklichung der nationalen Gegenliebe beitragen und die Ostmark in friedlicher Weise für Preußen geistig erobern werde, hatte sich als eitel erwiesen; und die Akademie mußte sich hinfort lediglich auf das Deutschland der Provinz stützen und versuchen, eine Hochschule deutscher Bildung und deutscher Wissenschaft zu werden.

Als Volkshochschule ohne irgendwelche Verechti-

gungen trat die Akademie ins Leben, und sie behielt diesen Charakter bis zuletzt. Sie begann ihr erstes Semester unter dem Rektorate von Prof. Dr. Kühnemann mit einem Stabe von 13 Professoren, 4 Dozenten und 12 Dozentinnen. In der Zahl der Hochschullehrer kam es 1906 noch einmal zu einer Vermehrung, aber in der Gesamtziffer trat sehr bald ein Rückschritt ein, so daß schließlich während des Weltkrieges nur noch 13 Lehrende an der Hochschule wirkten. Die Tätigkeit der Dozenten war sehr umfangreich: Außer den Vorlesungen und seminarähnlichen Übungen hatten die Fortbildungskurse verschiedener Art durchzuführen und die „Deutsche Gesellschaft“ durch Vortragsreisen in die Provinz zu unterrichten. Gerade dieser letzte Teil der Arbeit scheint heute die wertvollste gewesen zu haben, denn doch von Polener Dozenten in der Zeit vom Winterhalbjahr 1905/06 bis zum Winterhalbjahr 1908/09 im ganzen 394 Vorträge auswärts gehalten.

Wie stand es nun mit der Gesamteinwirkung der Akademie auf das geistige Leben der Ostmark? Zweifellos lenkte die Hochschule, der ihr gestellten Aufgabe entsprechend, einen starken Strom deutschen Geistes in die Provinz Posen. Aber bei aller Anerkennung das von ihr Geleisteten muß man doch sagen, daß die Idee der bloßen Volkshochschule in Posen Schiffbruch gelitten hat. Nicht nur die immer mehr abnehmenden Zahlen der Hörerschaft benehmen dies, sondern die Regierung selbst erkannte es an, indem sie 1910 ohne Übergang, der Akademie bestimmte Vergünstigungen zu gewähren, die die Anwesenheit von Akademikern an den Universitätsstudien der Philologen und die Einbringung von Diplomprüfungen (die allerdings zu nichts berechtigten). Aber zu Fortschritten größeren Stiles ließ sich die Regierung nicht veranlassen; unter dem Druck unzufriedener politischer Gruppen, vor allem des Ostmarkvereins, setzte sie den u. a. von Friedrich Paulsen beschirmten und vom Oberpräsidenten Schwarzkopf erstrebten Ausbau der Akademie zu einer Universität ab; ja nicht einmal die Schaffung einer philologischen Fakultät konnte zu Stande; und die auf den nationalen Gegenstand beruhende tiefe Enttäglichkeit über dem Geistesleben der Ostmark lastete, offenbarte sich in den literarischen Kämpfen um die Ausgestaltung des Polener Hochschulgebans mit erschütternder Deutlichkeit. Wenn man die Volkshochschule dauernd hätte halten wollen, so wäre die Verfürgung von erschlafften Verkräfteten, die auch rednerisch auf der Höhe standen, notwendig gewesen. Die Anwesenheit von Akademikern und Studenten an der Akademie wirkenden Hochschullehrer in ihrer Beschäftigung nicht diejenige Befriedigung, die ihnen eine Universität gewährt, so sie ihre Darbietungen einerseits auf einem höheren Niveau zu halten, andererseits im Verkehr mit wissenschaftlich vorwärtsbreitenden Studenten vielerlei Anregungen zu empfangen vermöchten. Diese Vorteile hätte die Akademie nicht nur kurze Zeit von Posen wieder fort, um zu germanen die Akademie — zumal bei den akademisch Gebildeten — nicht das Ansehen, das sie zum Mittelpunkt des höheren wissenschaftlichen Lebens des ostmärkischen Deutschlands hätte machen können. Auch trag sie zu sehr den Charakter einer offiziellen Einrichtung, die dem unter besonderen Bedingungen erwachsenen deutlichen Geistesleben der Ostmark zu wenig Rechnung trug und daher auch mit diesem niemals wirklich organisch verwauchs.

Mit der Schließung der Akademie durch den Obersten Polnischen Volksrat am Ende des Wintersemesters 1918/19 verlor das Deutschland der Ostmark einen trotz allem wertvollen Sammelpunkt und das gesamtdeutsche Geistesleben einen wichtigen Bortpolen. Durch die Begründung einer polnischen Universität ward Polen zu einem Volkswort polnischen Geisteslebens, dessen Grenz sie damit bedeuten und was Welken verlor.

Der polnische Aufstand in Polen.

(22. Fortsetzung.)

Von Hermann Pischke.

Die Vertretertagung der deutschen Volksräte in Posen am 12. Dezember 1918.

Die Bewegung zur Gründung deutscher Volksräte hatte in der Provinz Polen im letzten Drittel des Monats November von Tag zu Tag zugenommen. Allen voran gingen die Westpolener Volksräte. Sie veranstalteten eine Reihe von Kundgebungen in ihrem Bezirk. Die Zahl der Reorganisationsfliegblätter, auf einer gemeinsamen Kundgebung in Wroslaw am 2. Dezember wurde bereits der Zusammenfluß der Westpolener Volksräte beschloßen und der Beschluß der Reichsregierung mitgeteilt. Zugleich wurde die Anerkennung der Organisation durch die Reichsregierung beantragt. Auch nach Polen, in den Westphalern und nach Südpolen waren Bemerkungen ergangen. Es ist bezeichnend, daß selbst diese frühe Bewegung in ihrem Auftrag bei der Reichsregierung vor allem Gleichberechtigung mit den polnischen Volksräten sowieso als höher nach der Entscheidung aufstellte. So sehr fühlte sich das Deutschland selbst in den Westpolener Bezirken bereits von seiner Regierung und von den revolutionären Organisationen verlassen. Darüber hinaus griff man auch zur Abwehr gegenüber den Übergreifen der Polen. Am 5. Dezember fand in Wroslaw wiederum eine größere Versammlung statt. Über die Stimmung gibt folgende Entschloßung Kunde:

„Gegenüber der in deutschen Zeitungen erschienenen Bekanntmachung des polnischen Volksrates in Posen stellt der deutsche Volksrat Westpolens folgendes fest:

1. An den Entschloßungen der deutschen Volksräte über polnische Ausschüsse hat es sich nicht um „abenteuerrische Geräuße“, sondern um Tatsachen, die unabweislich feststehen und sich von Tag zu Tag wiederholen.

2. Wenn das polnische Volk jetzt aus „langar, politischer Knechtschaft“ erwacht, so dankt es dies allein der Weisung durch das liegriecher deutsche Heer im Jahre 1916. Bei diesem Verhältnis von Befreier und Befreierten halten wir es jetzt mit der Ehre eines der Knechtschaft entlassenen Volkes für unabweisbar, daß sich dieses an dem Befreier und Befreiungser seines Staatsoberhauptes vergreift.

3. Daß „das freilebende“ Polen fast jeder der Ort und die Zuständigkeiten der Westpolener und Wroslawer „gruppen“ ist, widerspricht den geschichtlichen Tatsachen. Das neue Deutschland, das in 24 Stunden auf unbilligsten Wege die größte staatliche und wirtschaftliche Umwälzung vornahm, sieht in den Programmäußerungen von Cernberg und Wroslaw Wiederholungen barbarischer mittelalterlicher Willkürherrschaft, gegen die das deutsche Volk freibleibige Vorstöße ausregeln müssen.

Sie mit ein Wort. Die heißen Herzen haben mit alle Temperament habe ich auch! Aber mir dürfen darüber die "Realpolitik" nicht außer Acht lassen. "Was von ihm weiß nicht, daß seit dem 8. November 1918 5. Oktober 1918. Nach über Stuch über diesen geländert werden ist, die uns solange blauen Dunst vorgemacht haben. Ich habe nur hypothetisch gesprochen. Wir müssen aber alle Essentialitäten berücksichtigen. Ich habe nicht geglaubt: Polen wird polnisch oder Polen wird geteilt, ich habe nicht so gemacht. Aber verlassen Sie den Boden der Gefährten nicht. Wir werden sonst genau solche Schlangengliederpolitik, wie die in Berlin, die ich und uns vier Jahre lang geküßelt haben. Diese Ausstellungen sind in dem anderen Bericht gemeldet worden. Mit ihnen hätte es Prof. Herrmann vollends verschüttet. Ein großer Teil der Bevölkerung fühlte sich beleidigt. Der nächste Redner, ein Sozialdemokrat, Kröhn, aus Soltau, wollte Prof. Herrmann beipflichten, er wurde niedergeschrien. Der Vortragende leitete die Erregung in geschickter Weise dadurch ab, daß er nach dem folgenden Redner die Ansprache abtrug und dem Reg-Rat Prose das Wort zu seinem Vortrag gab und sehr sachlichen Vorträge über die Organisation der Volksräte ab.

Die übrigen Ausführungen können hier übernommen werden, da sie wohl als Stimmungsbild Wert haben, aber in der geschichtlichen Ablauf ohne Bedeutung geblieben sind. Dagegen ist es nötig, die Entschlüsse anzuführen, die der Vertretertag vorgelegt und einstimmig angenommen wurden. Die Entschließung zum Vortrag Herrmann lautet:

"Wir tausend Männer und Frauen, Vertreter und Mitglieder der deutschen Volksräte aus Stadt und Provinz Polen, haben heute in zehn meisteilen Kundgebungen ihren Zusammenstoß zu einem Provinzialvolksrat beschlossen.

"Auf dem Boden der neuen staatlichen Ordnung will dieser Provinzialvolksrat die Interessen der 850 000 Polener Deutschen schützen und fördern. Er ist weder eine politische Partei, noch eine Kompromission gegen die Polen.

"Die Pflege und Betätigung deutscher Gesinnung, die Verteidigung und Erhaltung deutscher Kultur, die Zusammenfassung der Deutschen aller Stände, Bekanntheit und Parteien sind seine Aufgabe.

"Wir wollen unser Deutschtum in friedlichem Zusammenleben mit unseren polnischen Verwandten pflegen. Wir vermehren jede Politik, die geeignet ist, zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung ein gutes Verständnis zu legen. Wir fördern alle Bestrebungen, die unter Wahrung der nationalen und kulturellen Eigenart beider Bevölkerungssteile, ihre gemeinschaftliche Arbeit für das Glück unserer gemeinsamen Heimat in vorbildlichem Sinne ermöglichen.

"Der Geist des Sokrates wird in unseren Reihen niemals lebendig werden.

"Wir mit steigender Sorge haben mir deshalb in dem letzten Wochen das Vorgehen der Polen verfolgen können, das in dem Beschlusse des Teilgebietstages vom 3. bis 5. Dezember d. J. seinen Höhepunkt fand.

"Wir vermehren uns gegen jede Bevorzugung der Polen in dem von der Revolution geschaffenen Ämtern und Vertretungskörpern und fordern völlige Gleichberechtigung für die Deutschen im neuen Volksstaate.

"Wir vermehren uns vor allem gegen die Entschlüsse des Teilgebietstages. Sie verweigern den Wortlaut und Sinn von Punkt 13 der Friedensbestimmungen des Präsidenten Willson vom 8. Januar 1918. Sie haben der Entscheidung des Friedenskongresses tatsächlich vorgegriffen, einen Staat im Staate geschaffen und für ihn Gebiete beansprucht, welche in jahrhundertelanger deutscher Arbeit zu lebensnotwendigen Bestandteilen des Deutschen Reiches geworden sind.

"Wir fordern die sofortige Einberufung der Nationalversammlung, von der allein nur die Entscheidung des Friedenskongresses, den Schutz der Deutschen im Osten erwarten."

An dem Präsidenten Willson wurde folgende Entschließung abgeleitet:

"Herr Präsident! Sie werden in diesen Tagen europäischen Boden betreten, um Ihrer Botschaft vom 8. Januar 1918 auf dem Friedenskongress Geltung zu verschaffen.

"Punkt 13 Ihrer Friedensbestimmungen ist in Gefahr! Auf ihrem Teilgebietstag vom 3.-5. Dezember 1918 haben die Polen Wortlaut und Sinn dieses Punktes dergestalt. Sie haben die Entscheidung des Friedenskongresses tatsächlich vorgeworfen, einen Staat im Staate geschaffen und für diesen Gebiete beansprucht, welche in jahrhundertelanger deutscher Arbeit zu lebensnotwendigen Bestandteilen des Deutschen Reiches geworden sind.

"Wir tausend Männer und Frauen, Vertreter und Mitglieder der deutschen Volksräte aus Stadt und Provinz Polen protestieren heute in zehn meisteilen Kundgebungen auf das lauteste gegen die polnischen Übergriffe. Sie ermarren im Vertrauen auf Ihren Gerechtigkeitssinn eine Auslegung von Punkt 13, die, entsprechend Ihren späteren Kundgebungen, mit dem Zerbrechen eines dauernden Rechtsfriedens vereinbar ist und damit ein künftiges friedliches Nebeneinanderleben von Deutschen und Polen ermöglicht."

Deutscher Volksrat der Provinz Polen.

Nach dem Vortrage Prose über Organisation der Volksräte wurde folgende Entschließung angenommen:

"Gegenüber dem freien Zusammenstoß der polnischen Bevölkerung der Provinz Polen in dem „Obersten polnischen Volksrat" ist

es unbedingt erforderlich, daß auch die gesamte deutsche Bevölkerung der Provinz sich zur Wahrung ihrer Rechte und Durchsetzung ihrer berechtigtesten Forderungen zusammenschließt und sich eine Vertretung schafft. Die schon gedachten Bemühungen des obersten polnischen Volksrates, deren Zweck der Schutz und die Förderung der Interessen der deutschen Bevölkerung ohne Rücksicht auf Unterschiede der Partei, des Bekenntnisses und des Berufs ist, können ihre Aufgaben mirksam nur erfüllen und ihre Ziele nur dann erreichen, wenn sie sich zu einem „Deutschen Volksrat der Provinz Polen" vereinen und diesem die Vertretung der Interessen der gesamten deutschen Bevölkerung der Provinz übertragen."

Die Vertreterversammlung war im ganzen genommen eine impulsive Kundgebung. Sie den, der tiefer blickte, zeigte sich aber auch in ihren behobenen Bemühungen zum Zusammenstoß mit ganz Schmeide der Loge des Deutschtums in Polen.

Vielleicht nur nirgends im Deutschen Reich die Verwaltung so streng organisiert wie in der Provinz Polen. Sie hätte zu den am besten verordneten Teilen Deutschlands. Auf der Stärke der staatlichen Verwaltungsorgane beruhte zugleich ein wesentlicher Teil der Kraft des Deutschtums. Aber Polen galt als durchwegs konfessionell. Nirgends wie nach Polen schickte darum die Revolutionsregierung einige Bataillone ausgesuchter Revolutionäre zur Befestigung der Stellung. Sie kamen, entzündeten den befristeten und schloffen Verbindungen des Reiches und der Provinz. Die Sozialisten und S.-Räter, der war seiner Zusammenlegung nicht anders war als eine trierte polnische Körperschaft, die alle Macht in die Hände der Polen hinüberstieß. In diesen Vorgängen liegt einer der entscheidenden Punkte in der Vorbereitung des polnischen Aufstandes und zugleich die größte Schwächung des Deutschtums.

Gewohnt, regiert zu werden und den Behörden die politischen Sorgen zu überlassen, stand das Deutschtum plötzlich nach der doppelten Niederlage im Felde und in der Heimat wie betäubt da. Die alten Grundlagen seiner Kraft, die Monarchie und die Macht der staatlichen Behörden, waren ihm genommen worden. Die neue Form für die staatliche Ordnung, die auf den Rechten der Völker aufbaut werden sollte, war noch nicht da. Die Möglichkeit, sie zu finden, war für das Deutschtum durch den plötzlichen Aufbruch der polnischen Macht verlohrt. Diesen Augenblick der Betäubung, Verwirrung und Kraftlosigkeit hatten die Polen benutzt, sich mit Hilfe der deutschen Revolutionäre in die Macht zu setzen. Sie hatten sich über 50 Jahre auf diesen Augenblick vorbereitet, waren wohl organisiert, bis in die kleinste Einzelheit, die feinsten Verbindungen, die sie gegenseitig geführt, unterstützt und antrieben durch die übermächtigen Verbündeten, die an Geldmitteln nicht sparen, und im Grunde mit den dunklen revolutionären Mächten im Deutschen Reiches selbst.

Das Deutschtum war auch politisch noch wenig gefestigt. Entgleisungen, wie die des Professors Herrmann, konnten bei einiger Aufmerksamkeit leicht vermieden werden. Sie zeigte aber sehr deutlich, in welcher Verwirrung selbst die gebildeten und gebildeten Stände waren. Prof. Herrmann fand nicht allein da. Schmerzer moog für die Zukunft ein anderes. An demselben Augenblicke, in dem die Polen in ihrer Agitation die Zahlen der deutschen Volksabstimmung bedenkliches umfänglich (siehe das Buch: „Über das Deutschtum in Westpolen, Polen 1919") arbeiteten die Deutschen auch auf dieser Vertreterversammlung immer noch mit den „objektiven" Zahlen der Volksabstimmung und bemerkten gar nicht, wie groß das Unrecht war, das sie sich selbst damit taten, da in den Grenzgebieten sich Sprache und Volkszugehörigkeit durchaus nicht zu denken brauchen. Es fehlte noch der Glaube an die siegende Gewalt der deutschen Kultur, der in der Abhängung in Opposition die „objektiven" Zahlen glänzend richtigstellte und ebenso in Oberbesitz, trotz der Hilfe der russischen Bajonette und anderer Machtmittel der Verbündetenmächte sowie der Barbarei der polnischen Kerkerrufen. Dieser Gedanke wurde aber in Polen durch die „objektiven" Zahlen geradezu erdrückt. Auch hier hätte eine Abstimmung zu überfallenden Resultaten geführt und das künstliche Gewände der polnischen Agitationen über den Hausen gerissen. Und dennoch zeigte die Vertretertagung trotz alledem, daß wir vor dem Aufbruch neuer Wege standen.

Bei der Tagung darf die äußere Aufmerksamkeit nicht außer Betracht gelassen werden. Sie ist für die geschichtlichen Ablauf der nachfolgenden Ereignisse jedenfalls von größerer Bedeutung gewesen, als die Beratungen selbst. Schon das äußere Bild der Stadt wie auf ein etwas Besonderes hin. Sie war reich besetzt. Langweilig, wie die am 12. Dezember, hatte die Stadt in ihrer Massenentzündung wohl überhaupt noch nicht gesehen. Was gefehlt, gefehlt meist ohne Vorbereitung, aus dem Gefühl der Zusammengehörigkeit heraus und nur darum, weil sie nicht hatte der beste Teil der deutschen Bevölkerung neben der Vertreterversammlung auch an öffentliche Versammlungen mit Vorträgen befaßt, was aber später eintrat, ging lo sehr über das Maß des Erwarteten hinaus, daß es die größte Aufmerksamkeit auf sich zog. Darum mag hier eine kurze Darstellung der äußeren Umrahmung folgen.

(Fortsetzung folgt.)

„Am 12. November 1933 gibt es, den 9. November 1918 wieder gutmachen.“ Wilhelm Kube.

